

Digitaler Euro – essenziell oder „nice to have“?

Von Florian Rentsch



Der digitale Euro wird wohl nicht so schnell kommen, wie die EZB es sich vorstellt. Nicht zuletzt, weil zunächst der Rechtsrahmen dafür gesetzt werden muss, geht Florian Rentsch eher von 2030 als 2025 aus. Bis dahin bleibt es bei der von der DK erhobenen Forderung, die öffentliche Diskussion auf eine breitere Basis zu stellen und vor allem die Banken stärker einzubeziehen. Denn sie sind es, die mit erheblichem Mehraufwand zu rechnen haben, ohne dass dem ein erkennbarer Mehrwert gegenübersteht. Und ob EPI oder Wero zum Vehikel für den digitalen Euro und einem Erfolg am Markt wird, ist auch noch nicht gewiss. Red.

Die Feierlichkeiten zu 25 Jahre Währungsunion und damit auch 25 Jahre „Euro“ liegen erst seit einigen Wochen hinter uns. Die gemeinsame Währung in mittlerweile 20 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist heute kaum mehr wegzudenken. Doch nicht immer wurde die Gemeinschaftswährung unangefochten akzeptiert. Die Deutschen haben „ihre“ Mark nie vergessen und immer wieder an sie erinnert, sobald die Gemeinschaftswährung wie bei der Euro-Krise oder den Anleihekaufprogrammen der EZB hinterfragt wurde, teilweise mit Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts.

Die aktuellen Diskussionen rund um den digitalen Euro ähneln den Stimmen, die damals auch bei der Euro-Einführung laut wurden: Wer braucht eine digitale Zentralbankwährung angesichts der bestehenden digitalen

Zahlungsmöglichkeiten? Erhält die EZB durch diesen Hebel eine machtvollere Position über ihre eigentliche Funktion hinaus, die Währungspolitik? Werden die Bürgerinnen und Bürger das nötige Vertrauen in die digitale Währung aufbringen können? Und zu guter Letzt: Wer trägt die Kosten?

Weltweiter Trend zu digitalen Währungen

Kurz zum Hintergrund: Weltweit arbeiten aktuell 114 Staaten an der Entwicklung des sogenannten digitalen Zentralbankgelds, den Central Bank Digital Currencies (CBDC). Die Initiative von Facebook/Meta für eine eigene digitale Währung (erst Libra, dann Diem genannt) im Jahre 2019 wurde vielfach als Weckruf empfunden. Dennoch fallen die Ambitionen der Zentralbanken mal

intensiver aus – in dem Kontext wird China oft genannt – oder verhaltener – den Eindruck kann man in den USA gewinnen.

Die EZB und die zum Eurosystem gehörenden nationalen Zentralbanken einschließlich der Deutschen Bundesbank lassen sich in dieser Bandbreite sicherlich bei den ambitionierteren Akteuren einordnen. So startete im Oktober 2021 die EZB gemeinsam mit den Zentralbanken des Eurosystems mit ihrer Untersuchungsphase für die Anforderungen an einen digitalen Euro, die nach zwei Jahren und intensiven Arbeiten, teilweise auch mit Marktteilnehmern, im Oktober 2023 mit einem Beschluss des EZB-Rates endete. Dieser sah – wenig überraschend – vor, in die nächste Phase des Projekts überzugehen: die sogenannte Vorbereitungsphase, um den Grundstein für einen digitalen Euro zu legen.

Rechtsrahmen setzen

Diese Vorbereitungsphase ist auf zwei Jahre angelegt. Während dieser Zeit sollen die Regelwerke für den digitalen Euro fertiggestellt und Anbieter gefunden werden, welche die Plattform und Infrastruktur entwickeln. Ferner soll getestet und erprobt werden, wie ein digitaler Euro auszugestaltet ist, der den



Florian Rentsch, Vorstandsvorsitzender,
Verband der Sparda-Banken e.V.,
Frankfurt am Main